Pressestelle des Senats

Hamburg

Wochendienst

Auswahl aus den Mitteilungen
der vergangenen Woche

Nr. 35
vom 19. September 2008
Redaktion: Katja Richardt

Inneres

Hamburger „Drugstop“-Kampagne mit dem 3. Aktionstag fortgesetzt 2

Stadtentwicklung und Verkehr

Ortsumgehung Finkenwerder: Weiterer Meilenstein 4
Das Stadtbahnnetz wird geknüpft 5

Soziales und Familie

Startschuss für den neuen Integrationsbeirat 6
Subway: Betreuung der Klientinnen und Klienten durch andere Träger sichergestellt 10
Aktionswoche bei „eAktivoli“ 12

Wissenschaft und Forschung

Neubau für das CFEL der Universität Hamburg 13
Neuregelung der Studiengebühren beschlossen 15

Justiz

Justizsenator Dr. Steffen fordert im Bundesrat Neuerungen im Datenschutzrecht 16
Bundesrat stimmt über Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz ab 18

Kultur

Hamburger Arbeitsstipendien für bildende Kunst 20

Personen

ReGe-Geschäftsführung abgegeben 21
Neustrukturierung bei Elbphilharmonie 22

Zur Information

Terminkalender 23

18. September 2008 / bfi18

Innensenator Ahlhaus: „Weiterhin Null-Toleranz gegenüber Alkohol und Drogen am Steuer!“

Hamburger „Drugstop“-Kampagne mit dem 3. Aktionstag fortgesetzt

Innensenator Christoph Ahlhaus besuchte heute den 3. Hamburger Aktionstag „Drugstop“ gegen Alkohol und Drogen am Steuer in der Gewerbeschule für Kraftfahrzeugtechnik. Die Kampagne „Drugstop“ ist seit 2006 fester Bestandteil einer Strategie der Träger der Hamburger Verkehrssicherheitsarbeit, die mit einer Kombination aus Verkehrsüberwachung und Prävention gegen die Hauptunfallursachen Alkohol und Drogen - insbesondere in der Altersgruppe der 18- bis 24-jährigen - vorgeht.

„Drugstop“ erreichte durch das vielfältige Angebot an Information und Aktion auch heute wieder zahlreiche Schülerinnen und Schüler, um über die Gefahren und Folgen von Alkohol und Drogen im Straßenverkehr aufzuklären.

Neben der Verkehrsüberwachung durch die Polizei setzen die Träger der Hamburger Verkehrssicherheitsarbeit auf eine breit angelegte Präventionsarbeit. Die Federführung für die Aktion „Drugstop“ liegt deshalb auch beim Büro für Suchtprävention.

Von Seiten des Senats gehört neben der Innenbehörde auch die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz zu den Trägern der Kampagne, die von insgesamt vierzehn Organisationen getragen wird, darunter auch der Fahrlehrerverband und die Verkehrswacht.

Innensenator Christoph Ahlhaus: „Ganz entscheidend ist, dass junge Menschen spätestens mit dem Beginn der Fahrausbildung für sich selbst realisieren und verinnerlichen, dass Alkohol und Drogen am Steuer nichts zu suchen haben. Der Slogan „Drugstop“ unserer Kampagne bringt es kurz und knapp auf den Punkt. Wer mit dem Auto fährt, muss nüchtern sein. Es gilt weiterhin die klare Ansage: Null-Toleranz gegenüber Alkohol und Drogen am Steuer, die Hauptunfallursachen im Straßenverkehr.“

Während des Hamburger Aktionstages startete zudem ein neuer bundesweiter Schulwettbewerb des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) im Rahmen der Kampagne „Hast du die Größe? Fahr mit Verantwortung“. Drei prominente Unterstützer der Kampagne, **Germany’s Next Topmodel Lena Gercke**, **Soul-Sängerin Joy Denalane** und **VIVA-Moderator Klaas Heufer-Umlauf**, waren zusammen mit dem DVR und der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (DGUV) vor Ort und warnten gemeinsam mit Hamburger Organisationen vor den Gefahren altersspezifischen Fehlverhaltens junger Menschen im Straßenverkehr.

Nach einem ersten Aktionstag beim Landesbetrieb Verkehr im Februar 2007 konnte im Herbst 2007 erstmals die Gewerbeschule für Kraftfahrzeugtechnik (G 9) als Partner gewonnen werden. Inhaltlich ist das Thema Verkehrssicherheit dort hoch aktuell, alle Schülerinnen und Schüler haben aufgrund ihrer Berufswahl eine Bindung zum Thema und sind damit gleichzeitig auch Multiplikatoren. An einem ersten Aktionstag im September 2007 haben über 250 Schüler teilgenommen. Aufgrund der guten Erfahrungen wurde das erfolgreiche Projekt „Drugstop“ jetzt fortgesetzt.

Für Rückfragen:
Behörde für Inneres, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Thomas Butter, Tel. 040 – 42839-2678
Fax 040 – 42839-2797; E-Mail: pressestelle@bfi-a.hamburg.de
www.innenbehoerde.hamburg.de

16. September 2008/bwa16

Ortsumgehung Finkenwerder: Weiterer Meilenstein

In den Verhandlungen um den Bau der Ortsumgehung Finkenwerder sind die Verhandlungspartner heute einen entscheidenden Schritt vorangekommen. Senatorin Herlind Gundelach, Senator Axel Gedaschko, Andreas Kröger, Präsident der Landwirtschaftskammer Hamburg, die Rechtsanwälte Michael Günther und Jan de Haan als Vertreter der Betroffenen, haben heute im Rathaus die Gebietsvereinbarung unterzeichnet. Die Gebietsvereinbarung wurde durch die ReGe Hamburg verhandelt. Sie regelt die Grundzüge der Zusammenarbeit zwischen der Stadt und der Landwirtschaftskammer Hamburg zum Erhalt der historischen bäuerlichen Kulturlandschaft des Süderelberaums.
Die Vereinbarung ist eine Voraussetzung für die Einzelverträge mit den Obstbauern, die nun Zug um Zug verschickt und abgestimmt werden können. In den Einzelverträgen wird der Flächenankauf, der Erwerb der Ersatzfläche für den betroffenen Landwirt und die Preisgestaltung geregelt. Wenn diese 37 Einzelverträge unterzeichnet und beurkundet sind, wird die Stadt ihrerseits die Einigung erklären. Erst dann werden die Verträge wirksam und die Ausschreibung für den Bau der Ortsumgehung kann starten. Parallel wird mit denjenigen Landwirten verhandelt, die ausschließlich vom Bau der A26 betroffen sind.

Senator Axel Gedaschko: „Wir haben über die Zeit der Verhandlungen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit aufgebaut. Die heutige Vereinbarung ist ein weiteres, sehr wichtiges Ergebnis, denn sie ist die Grundlage für die nun folgenden Einzelverhandlungen. Wir können optimistisch sein, dass diese erfolgreich abgeschlossen werden, weil alle Partner in den Prozess eingebunden sind.“

Senatorin Dr. Herlind Gundelach: „Die heute unterzeichnete Vereinbarung ist ein wichtiger Meilenstein im Zusammenwirken von Stadt und Obstbau zur Erhaltung einer einmaligen Kulturlandschaft. Sie sichert dem Obstbau die wirtschaftliche Existenz und den Menschen eine wunderschöne ortsnahe Erholungslandschaft.“

Rechtsanwalt Michael Günther: „Die Gebietsvereinbarung ist das Kernstück der Verhandlung. Sie sichert das Alte Land und verpflichtet zur frühzeitigen Konfliktbewältigung.“

Der Geltungsbereich der Vereinbarung ist im Norden begrenzt durch den Finkenwerder Landscheideweg, im Osten durch die Grenze des Hafenerweiterungsgebietes, im Süden durch Neuenfelder und Francoper Hinterdeich, im Westen durch die Hamburgische Landesgrenze.

Rückfragen:
Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Pressestelle, Tel.: 428 41-3015 / -1627,
E-Mail: Pressestelle@bwa.hamburg.de

18.09.2008/bsu18

Das Stadtbahnnetz wird geknüpft

Senatorin Hajduk präsentiert Pläne für Niederflurstadtbahn

„Weltweit wird die Renaissance der Stadtbahn als attraktives und ökologisches öffentliches Verkehrsmittel gefeiert. Hamburg ist jetzt mit den konkreten Planungen für ein Stadtbahnnetz dem Ziel einer eigenen modernen Niederflurstadtbahn ein gutes Stück näher gekommen“, sagte heute (Donnerstag, 18.09.08) **Anja Hajduk**, Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt bei der Vorstellung der derzeitigen Pläne für das Stadtbahnnetz. Grundlage für die Planung ist das von der BSU bis 2001 entwickelte Netz. Derzeit wird geprüft, inwieweit es den heutigen Anforderungen gerecht wird. Zudem werden Alternativen untersucht, um die verkehrlich und finanziell optimale Variante zu ermitteln. Für den ersten Streckenabschnitt werden alternativ Streckenführungen von Steilshoop zum U-Bahnhof Lattenkamp oder zum U/S-Bahnhof Barmbek oder zum U-Bahnhof Borgweg geprüft. Perspektivisch kann die Strecke vom Borgweg oder Barmbek zum Hauptbahnhof/ZOB oder vom Lattenkamp nach Altona weitergeführt werden. Ziel ist, mit dem Planfeststellungsverfahren Mitte 2010 zu beginnen. Angestrebter Baubeginn ist Anfang 2012.

Planung, Bau und Betrieb der Stadtbahn soll die Hamburger Hochbahn AG übernehmen. Darauf haben sich die Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt, Anja Hajduk und der Vorstand der Hochbahn verständigt. Die Verhandlungen zum Abschluss eines Vertrages wurden aufgenommen. Senatorin Anja Hajduk: „Die Hochbahn hat in der Vergangenheit bewiesen, dass sie komplexe Maßnahmen effektiv umsetzen kann. Sie ist flexibel, kann sofort mit der Planung der Stadtbahn beginnen und bringt hervorragende Kenntnisse der Gegebenheiten und des Nahverkehrs in Hamburg mit.“

Als Anschubfinanzierung sind im Haushaltsplanentwurf 2009/2010 insgesamt 10,8 Millionen Euro Planungskosten vorgesehen. Die Finanzierung der Stadtbahn wird noch geprüft.

Rückfragen:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt, Pressestelle
Tel.: 42840 – 3249 / 2051 / 2058, Fax: 42840 – 3735
e-mail: pressestelle-stadtentwicklung@bsu.hamburg.de - www.bsu.hamburg.de

16. September 2008/bsg16

Startschuss für den neuen Integrationsbeirat

Migrantenorganisationen werden ermuntert, Kandidaten vorzuschlagen

Erweiterte Aufgaben und eine neue Zusammensetzung, in der erstmals auch von Migrantenorganisationen gewählte Vertreter berufen werden sollen – diese Änderungen zum Hamburger Integrationsbeirat stellte Sozialsenator Dietrich Wersich heute im Rahmen einer Landespressekonferenz vor. „Der Integrationsbeirat als Gremium, in dem Zuwanderer und Einheimische gemeinsam nach neuen Wegen für ein friedliches, gleichberechtigtes Zusammenleben suchen, hat sich bewährt. Mit seiner neuen Struktur werden wir Migrantenorganisationen künftig stärker als bisher einbinden, wenn es um die Integration von Zuwanderern in Hamburg geht. Damit dies gelingt, ermuntere ich alle Migrantenorganisationen aus Hamburg, sich in die Wahl der neuen Beiratsmitglieder aktiv einzubringen und Vertreter ihrer Interessen zu benennen“, sagt Senator Wersich.

Gleichzeitig dankte der Senator den bisherigen Mitgliedern des Integrationsbeirates und dessen Vorsitzender Bürgermeisterin Birgit Schnieber-Jastram für die Pionierarbeit der vergangenen Jahre, mit der das Integrationsthema in das Bewusstsein der Stadt gerückt wurde und viele konkrete Vorhaben auf den Weg gebracht wurden. Senator Wersich: „Die Mitglieder des Integrationsbeirates und ihre Vorsitzende haben mit großem Engagement dazu beigetragen, dass Integration heute in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens in unserer Stadt stattfindet. Ich bin davon überzeugt, dass wir mit dem neuen Integrationsbeirat und der Kombination von Neuerungen und altbewährter Struktur ein Fundament schaffen werden, auf dem wir die erfolgreiche Arbeit des Gremiums fortsetzen können.“

Aufgaben des neuen Integrationsbeirates

Der erstmals 2002 ins Leben gerufene Integrationsbeirat wird auch in der 19. Legislaturperiode die Aufgabe haben, die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) sowie den Hamburger Senat zu integrationspolitischen Fragen konstruktiv und kritisch zu beraten. Er begleitet die Umsetzung des Hamburger Handlungskonzeptes zur Integration von Zuwanderern und wirkt an dessen Fortentwicklung mit. Darüber hinaus greift der Beirat aktuelle Themen aus dem Bereich der Integration auf. Neuerdings wird der Integrationsbeirat zudem Stellungnahmen zu integrationsbezogenen Themen und Vorhaben abgeben und ein Vorschlagsrecht für die Besetzung von Gremien der Hamburger Verwaltung mit Personen mit Migrationshintergrund haben.

Personelle Zusammensetzung des neuen Integrationsbeirates

In der vergangenen Legislaturperiode waren rund 50 Personen aus unterschiedlichen Bereichen vom Präses der Sozialbehörde für die Mitarbeit im Integrationsbeirat berufen worden. Künftig wird der Integrationsbeirat noch breiter aufgestellt sein und sachkundige Mitglieder mit einem weiten Erfahrungswissen aus allen wichtigen Bereichen der Integration von Zuwanderern umfassen. Diese werden teils wie gehabt vom Präses der Behörde berufen, teils neuerdings von Migrantenorganisationen selbst gewählt und setzen sich wie folgt zusammen:

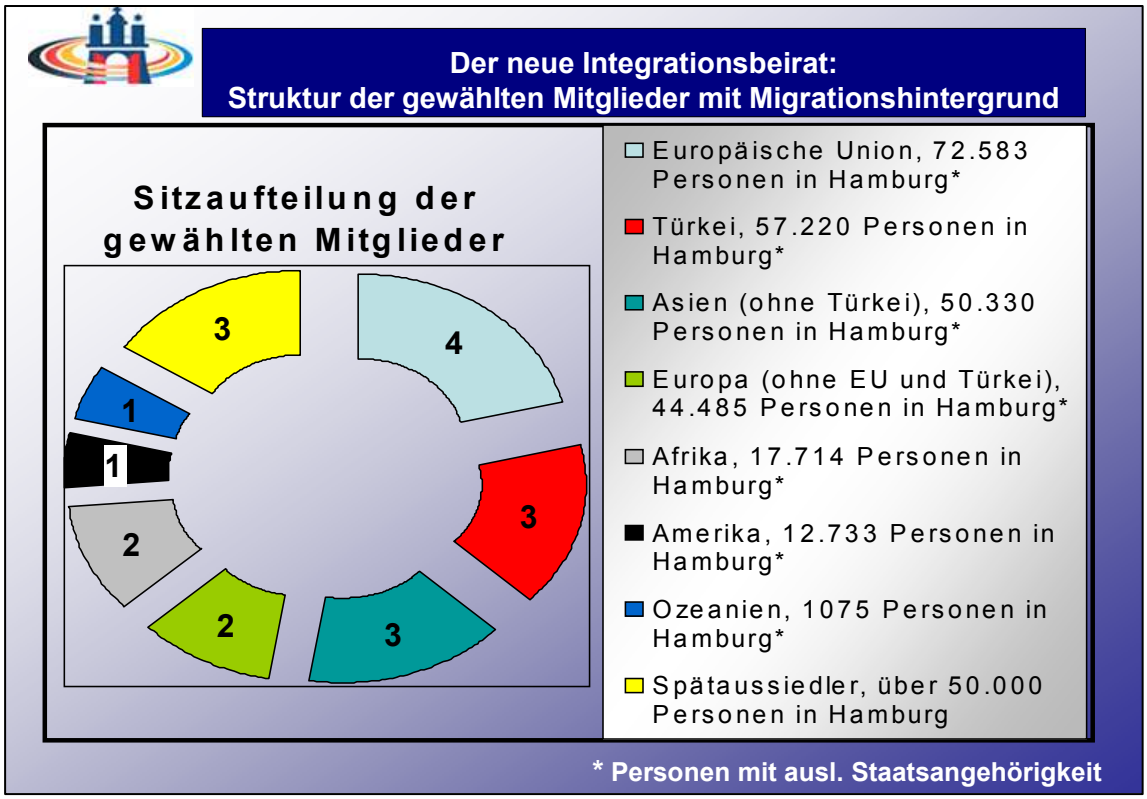
- Neu ist, dass **Personen mit Migrationshintergrund von Migrantenorganisationen gewählt werden.** Damit erhalten die Vertreter eine besondere Legitimation der sie entsendenden Organisationen.

Wahlberechtigt sind alle Migrantenorganisationen, die folgende Kriterien erfüllen:

- eingetragener Verein oder Verband mit Sitz oder Niederlassung in Hamburg
- Gründung vor dem 1. Oktober 2007
- Die Organisation setzt sich satzungsgemäß für die Belange von Menschen mit Migra- tionshintergrund ein.
- Leitung im Vorstand (auch) von Menschen mit Migrationshintergrund

Die so definierten Organisationen lassen sich bei der BSG in eine öffentliche Liste eintragen und haben die Möglichkeit, Kandidatenvorschläge einzureichen. Um die Beteiligung der verschiedenen in Hamburg lebenden Bevölkerungsgruppen sicherzustellen, werden die eingetragenen Organisationen insgesamt acht geographischen Regionen bzw. Kategorien zugeordnet. Die Kandidaten müssen einen Migrationshintergrund der Region/Kategorie aufweisen, für die sie gewählt werden wollen und von einer Organisation vorgeschlagen werden. Die Sitzverteilung bei den gewählten Beiratsmitgliedern orientiert sich am Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit (Grafik).

Die Wahl selbst erfolgt in Form einer Briefwahl.



- Weiterhin werden – wie bisher **– Vertreter diverser Handlungsfelder** (u. a. aus Politik, Wirtschaft, Arbeit, Bildung und Kultur) vom Präses der BSG berufen. Neuerdings werden im Integrationsbeirat auch Vertreter unter anderem aus den Bereichen Muslimische Gemeinden, Medien und Flüchtlingshilfe vertreten sein.

- Die Beteiligung der öffentlichen Verwaltung wird über **assoziierte Mitglieder von Fachbehörden** (Behörde für Schule und Berufsbildung, Behörde für Wirtschaft und Arbeit, Behörde für Inneres, Arbeitsstelle „Vielfalt" der Justizbehörde) sowie aus den sieben Bezirksverwaltungen sichergestellt, für die die BSG das Vorschlagsrecht hat.

Zum Zeitplan: Die Geschäftsordnung des neuen Integrationsbeirates für die 19. Legislaturperiode sowie die Wahlordnung sind ab sofort unter www.integrationsbeirat.hamburg.de einsehbar. Ab 1. Oktober 2008 sind dort auch die Eintragungsunterlagen für die Liste der Migrantenorganisationen abrufbar. Bis Ende Oktober haben die Migrantenorganisationen dann Gelegenheit, sich in die Liste eintragen zu lassen und Kandidatenvorschläge zu unterbreiten. Vom 14. bis 28. November 2008 wird die Briefwahl durchgeführt. Mit der Ernennung der neuen Mitglieder durch den Präses der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz und seiner

konstituierenden Sitzung im Dezember wird der neue Integrationsbeirat für die 19. Legislaturperiode schließlich seine Arbeit aufnehmen.

Fragen der Migrantenorganisationen beantworten Dr. Vera Birtsch (Tel. 040/42863-2010) sowie Silke Böttcher-Völker (Tel. 040/42863-2953) von der zuständigen Behörde.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

17. September 2008/bsg17

Subway: Betreuung der Klientinnen und Klienten durch andere Träger sichergestellt

Durch das bestehende Leistungsangebot in der Stadt ist auch weiterhin eine Betreuung und Beratung der Klientinnen und Klienten von Subway e.V. gewährleistet. Darüber hinaus hat die Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz (BSG) die Suchthilfeträger Jugendhilfe e.V. und Jugend hilft Jugend e.V. beauftragt, die Klientinnen und Klienten von Subway e.V. bis auf weiteres zu beraten und zu betreuen und in andere Einrichtungen zu vermitteln. Hierzu soll in jedem Einzelfall geprüft werden, welche Einrichtung im Hamburger Suchthilfesystem für die betreffende Person am besten geeignet ist. Zur Durchführung dieser Aufgabe erhalten die beiden Träger für einen begrenzten Zeitraum Mittel für zusätzliche Personalkräfte. Den genauen Umfang der erforderlichen Fachkraftstellen sowie den zeitlichen Rahmen wird die BSG mit den Trägern erörtern. Die Beratung und Betreuung soll, das Einverständnis von Subway e.V. vorausgesetzt, vorerst weiterhin vor Ort in der Neustädter Straße erfolgen.

Ein von der BSG in Auftrag gegebener Prüfbericht, ob die Aktivitäten von Subway e.V. in neuer Trägerschaft fortgeführt werden könnten, kommt aus Sicht der Behörde zu einem negativen Ergebnis. Einer Überleitung an einen anderen Träger stehen insbesondere wirtschaftliche Risiken sowie fachliche Differenzen entgegen. Die Behörde kann und wird deshalb die bisher von Subway e.V. betriebenen Projekte auch unter neuer Trägerschaft nicht fördern, sondern unterstützt eine Vermittlung und Weiterbetreuung der Klientinnen und Klienten in anderen Einrichtungen. Die bestehenden Angebote der ambulanten Suchtkrankenhilfe insbesondere im Bereich der Psychosozialen Betreuung und der niedrigschwelligen Beratungsstellen reichen aus, um den Betreuungsbedarf der Klientinnen und Klienten zu decken.

Die Mietverhältnisse in dem von Subway e.V. betriebenen Wohnungsprojekt sind nicht gefährdet. Für den Fall, dass einzelne Vermieter dennoch eine Kündigung der Mietverträge mit Subway e.V. beabsichtigen und deshalb ein Wohnungsverlust droht, können sich die betroffenen Klientinnen und Klienten an die jeweils zuständige Bezirksstelle zur Wohnungssicherung wenden. Die BSG hat die Bezirksstellen über die Situation informiert, sodass im Bedarfsfall umgehend entsprechende Maßnahmen zur Wohnungssicherung eingeleitet werden können. Sollte Subway e.V. sich in Anbetracht der Gesamtsituation

entscheiden, das Wohnungsprojekt nicht weiter zu betreiben, könnte es durch einen anderen Träger fortgesetzt und die Untermietverträge der Subway-Klienten könnten erhalten werden.

Zum Hintergrund: Die BSG musste die Förderung von Subway e.V. aufgrund nicht zweckentsprechender Mittelverwendung zu Ende Juni 2007 einstellen. Zur Beendigung des Projektes und der Überleitung der Klientinnen und Klienten stellte die BSG im 2. Halbjahr 2007 mehr als 140.000 Euro bereit. Diese Überleitung hat offenbar nicht stattgefunden. Im Interesse, die Beratung, Betreuung und die Wohnverhältnisse der Subway-Klienten dennoch weiterhin sicherzustellen, hat die BSG daraufhin ein Mediationsverfahren initiiert. Dieses musste aufgrund der geringen Kooperationsbereitschaft von Subway erfolglos beendet werden. Ein externer Prüfbericht über die betriebswirtschaftliche und finanzielle Situation von Subway e.V., den die BSG anschließend in Auftrag gegeben hat, bietet nach Sicht der Behörde keine Grundlage für eine Fortführung der bisherigen Subway-Projekte in neuer Trägerschaft. Mit den von der BSG jetzt ergriffenen Maßnahmen ist dennoch sichergestellt, dass die Klientinnen und Klienten von Subway e.V. weiterhin lückenlos betreut und beraten werden und ihre Wohnverhältnisse gesichert sind.

Da der Träger sein Einverständnis zur Veröffentlichung des Prüfberichtes erklärt hat, ist dieser auf Nachfrage bei der Pressestelle der BSG erhältlich.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz
Jasmin Eisenhut
Tel.: 42863-28 89, Fax: 42863-38 49
E-Mail: pressestelle@bsg.hamburg.de
Internet: www.hamburg.de/bsg/

18. September 2008/bsg18

Aktionswoche bei „eAktivoli“

Freiwilligenbörse informiert zum Thema Bürgerschaftliches Engagement

Ob im Sportverein, in der Jugendgruppe, als Singpate in der Kita oder als Leihoma – viele Bürgerinnen und Bürger in Hamburg engagieren sich ehrenamtlich, und das auf ganz unterschiedliche Weise. Vom 19. bis 28. September steht das Bürgerschaftliche Engagement im Mittelpunkt der Aktionswoche „Engagement macht stark!“ des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement. Die Hamburger Freiwilligenbörse auf Draht „eAktivoli“ nimmt diese Woche zum Anlass, um mit erweiterten Öffnungszeiten und Veranstaltungen über Möglichkeiten des ehrenamtlichen Einsatzes in Hamburg zu informieren.

Hamburgs Sozialsenator Dietrich Wersich: „Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Wer sich ehrenamtlich engagiert, tut nicht nur Gutes im Sinne des Gemeinwohls, sondern erfährt auch selbst Anerkennung, knüpft Kontakte und macht neue Erfahrungen. Ich hoffe, dass viele Bürgerinnen und Bürger die Aktionswoche nutzen, um sich über die zahlreichen Möglichkeiten des ehrenamtlichen Engagements in Hamburg zu informieren.“

Die Freiwilligenbörse „eAktivoli“, Besenbinderhof 37, 20097 Hamburg, veranstaltet vom 19. bis 28. September jeweils einen „Tag der offenen Tür“ und informiert von 14 bis 22 Uhr rund um das Thema Bürgerschaftliches Engagement. Die Veranstaltungen, die begleitend stattfinden werden, sind im Internet unter www.hamburg-engagement.de aufgeführt. Unter www.eaktivoli.de wird ein Überblick über die derzeit mehr als 1.600 Angebote für Freiwillige in und um Hamburg geboten.

Für Rückfragen der Medien:

Pressestelle der Behörde für Soziales, Familie, Gesundheit und Verbraucherschutz Jasmin Eisenhut Tel.: 4 28 63-28 89, Fax: 4 28 63-38 49 pressestelle@bsg.hamburg.de www.bsg.hamburg.de	Pressekontakt eAktivoli - Freiwilligenbörse auf Draht Bernd Holst Tel. 411 886 900, Fax 411 886 600 freiwilligenboerse-hamburg@hamburg.de www.eaktivoli.de

16. September 2008/bwf16

Neubau für das CFEL der Universität Hamburg

Interdisziplinäre Forschung unter einem Dach

Der Senat hat heute beschlossen, den Forschungscampus Hamburg-Bahrenfeld der Universität Hamburg um einen weiteren Neubau für das „Center for Free-Electron Laser Science (CFEL)“ zu erweitern und die Mittel dafür freizugeben.

Die Kosten für den Neubau belaufen sich auf rund 49 Mio. Euro. Die Finanzierung für den Neubau wird von der Stadt getragen. Die Mittel werden aus dem Sonderinvestitionsprogramm „Hamburg 2010“ zur Verfügung gestellt. Der Baubeginn ist für Herbst 2008 geplant. Es wird von einer Bauzeit für das Projekt von 30 Monaten ausgegangen.

Der Standort Bahrenfeld der Universität Hamburg – in unmittelbarer Nachbarschaft zum Deutschen Elektronen Synchrotron (DESY) – soll zum Exzellenzstandort der Physik in Hamburg entwickelt werden. Als einen wichtigen Schritt hat die Universität Hamburg gemeinsam mit der Max-Planck-Gesellschaft (MPG) und dem DESY im Jahr 2007 das CFEL gegründet. Zum 1. Januar 2008 hat es seine Arbeit aufgenommen. Für das Center soll jetzt ein Neubau errichtet werden. Anfang Juli 2008 hatte der Wissenschaftsrat wegen der herausragenden Forschungskonzeption des CFEL empfohlen, den Forschungsbau mit Investitionsmitteln des Bundes zu fördern. Der Bund wird sich voraussichtlich mit bis zu 14 Mio. Euro beteiligen.

Wissenschaftssenatorin Dr. Herlind Gundelach: „Mit dem Neubau für das CFEL erhält Hamburg ein europaweit einmaliges Kompetenz- und Wissenszentrum für Forschung. Nicht nur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern aus Hamburg, sondern darüber hinaus aus ganz Deutschland und Europa wird damit ein außergewöhnliches, interdisziplinäres und internationales Forschungsumfeld eröffnet. Der Forschungsbau dient der Intensivierung der Zusammenarbeit der Bereiche untereinander; universitäre und außeruniversitäre Forschung können unter einem Dach gemeinsam so einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des Wissenschaftsstandorts Hamburg leisten.“

Universitätspräsidentin Prof. Dr.-Ing. habil. Monika Auweter-Kurtz: „Ich freue mich sehr über diese Entscheidung. Mit dem Forschungszentrum CFEL schaffen wir exzellente Bedingungen für die Forschung an und mit Röntgenlasern. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus drei Forschungseinrichtungen und aus unterschiedlichen Disziplinen werden gemeinsam arbeiten. Die Ergebnisse, die durch dieses interdisziplinäre und vernetzte Arbeiten entstehen, werden den Wissenschaftsstandort Hamburg international noch bekannter machen. Ich bin stolz darauf, dass es uns gelungen ist, diesen Forschungsschwerpunkt der Universität Hamburg auf diese Weise weiter auszubauen."

Das CFEL soll im Vollausbau aus fünf neuen Abteilungen, zwei „Advanced Study Groups“ (ASGs) und drei Nachwuchsforschungsgruppen bestehen. Für die Leitung der fünf Abteilungen stellt die Universität fünf neue W3-Stellen zur Verfügung, von denen mit Prof. Andrea Cavallieri und Prof. Henry Chapman zwei bereits besetzt sind. Insgesamt werden am CFEL nach den bisherigen Planungen rund 300 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler arbeiten.

Auf 8570 qm Hauptnutzfläche wird der Neubau sowohl gut ausgestattete Labore als auch Räumlichkeiten für Büros, Konferenzen, Veranstaltungen, eine Experimentierhalle und eine Cafeteria beherbergen. Ein zentrales Foyer mit offener Raumstruktur verbindet die verschiedenen Nutzungsbereiche.

Modellbilder des Forschungsneubaus stehen auf den Internetseiten der Behörde für Wissenschaft und Forschung zum Download bereit: http://www.bwf.hamburg.de

Für Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung,
Timo Friedrichs, Tel.: 040 428 63-2322, pressestelle@bwf.hamburg.de
Universität Hamburg,
Viola Griehl, Tel.: 040 428 38-29 68, presse@uni-hamburg.de

17. September 2008/bwf17

Neuregelung der Studiengebühren beschlossen

Gesetzesänderung greift zum 1. Oktober

Die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg hat heute mit einer Änderung des Hamburgischen Hochschulgesetzes die Neugestaltung der Studienfinanzierung im Sinne einer grundsätzlich nachgelagerten Erhebung der Studiengebühren beschlossen. Die Gesetzesänderung wird zum 1. Oktober 2008 in Kraft treten.

Danach sinkt die Studiengebühr ab dem kommenden Wintersemester 2008/2009 von 500 auf 375 Euro pro Semester ab. Die Studiengebühr wird in der Regel gestundet und nachgelagert entrichtet. Der Stundungsanspruch besteht für die Dauer der Regelstudienzeit plus zwei Semester. Den Studierenden entstehen keine Kosten, wenn sie die Stundungsmöglichkeit an Anspruch nehmen. Sämtliche damit verbundenen Kosten trägt die Stadt Hamburg. Die gestundete Gebühr ist erst dann zurückzuzahlen, wenn eine Einkommensgrenze von 30.000 Euro brutto im Jahr erreicht wird.

Da nach dem Beschluss der Bürgerschaft der bisher im Hamburgischen Hochschulgesetz verankerte Anspruch auf Darlehensgewährung entfallen wird, wird das Angebot des bisherigen Hamburger Studiendarlehens auslaufen. Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) kann ab dem kommenden Wintersemester 2008/2009 weder Neuverträge abschließen noch weitere Auszahlungen auf das Hamburger Studiendarlehen leisten. Die Abwicklung des Hamburger Studiendarlehens wird für die bisherigen Darlehensnehmerinnen und Darlehensnehmer selbstverständlich im Rahmen der vereinbarten Bedingungen erfolgen.

Die Behörde für Wissenschaft und Forschung, die staatlichen Hamburger Hochschulen und die Wohnungsbaukreditanstalt können jetzt auf Grundlage des Gesetzes die notwendigen Vorbereitungen für das bundesweit einmalige Modell weiter vorantreiben.

Rückfragen:

Behörde für Wissenschaft und Forschung, Timo Friedrichs, Tel.: 040 428 63-2322, pressestelle@bwf.hamburg.de

18. September 2008/jb18

Justizsenator Dr. Steffen fordert im Bundesrat Neuerungen im Datenschutzrecht

Auf der morgigen Sitzung des Bundesrats wird Justizsenator Dr. Till Steffen zwei Anträge des Senats zur Neufassung des Bundesdatenschutzgesetzes einbringen. Ein Antrag betrifft die Regelung der Verwendung von sog. Altdatensätzen, die noch zu Zeiten angelegt wurden, in denen die ausdrückliche Einwilligung des Betroffenen zur Datenweitergabe nicht nötig war. Der zweite Antrag fordert die Prüfung, ob Datensätze zur Vermeidung von Missbrauchsgefahr künftig mit einer eindeutigen Dokumentation der Herkunft, Nutzung und Weitergabe verbunden werden sollen.

Die Anträge werden im Rahmen der Befassung des Bundesrats mit einer Gesetzesinitiative der Bundesregierung eingebracht, in der Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz bezüglich sog. Scoring-Verfahren (Verfahren zur Bewertung vor allem der Kreditfähigkeit) behandelt werden.

Justizsenator Dr. Till Steffen:

„Die Vorgänge der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass im privaten Datenschutz erheblicher Handlungsbedarf besteht. Wir begrüßen die angestrebte Erhöhung der Transparenz bei Scoring-Verfahren.

Die Initiativen aus Hamburg gehen aber darüber hinaus. Es gibt inzwischen eine breite Übereinstimmung, dass künftig die Verwendung von Daten für Werbezwecke oder zur Markt- und Meinungsforschung nur bei einer ausdrücklichen Einwilligung der Betroffenen erfolgen kann. Dann müssen wir aber auch schon jetzt eine Regelung für die alten Datensätze entwickeln. Wir wollen, dass die Bundesregierung prüft, ob es hier aus verfassungsrechtlichen Gründen einer Übergangsregelung bedarf. Nach Ablauf der Übergangsfrist soll auch die Verwendung der alten Datensätze nur bei einer ausdrücklichen Einwilligung möglich sein. Das langfristige Nebeneinander von Datensätzen mit altem und neuem Datenschutz möchten wir vermeiden. Ein Beispiel: Der Bürger, der ein ungewünschtes Werbeschreiben erhält, hätte ohne Regelung für die Altdaten erst mit einem

Wohnungswechsel echte Klarheit, ob für die Datenverwendung seine ausdrückliche Einwilligung erforderlich war.

Die Bundesregierung sollte auch prüfen, ob Datensätze nicht künftig mit einer eindeutigen Dokumentation der Daten verbunden sein müssen. Wo kommen die Daten her? Für welche Zwecke wurden sie genutzt? An wen sind sie weitergegeben worden? Den Bürgerinnen und Bürgern und bei Verstößen auch den Ermittlungsbehörden wird damit ein wirksames Instrument zur Gewährleistung der Datensicherheit an die Hand gegeben.“

Rückfragen an:

Thorsten Fürter· Tel: 42843-3143· Mobil: 0172/4327953

Pressestelle@justiz.hamburg.de

18.9. 2008 /LV18

Bundesrat stimmt über Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz ab

In seiner 847. Sitzung am morgigen Freitag, 19. September 2008, ab 9.30 Uhr, wird der Bundesrat neben dem Gesetzentwurf zum Bundesdatenschutzgesetz auch mit dem Abbau bürokratischer Hemmnisse in der mittelständischen Wirtschaft befasst. Der Bundesrat berät darüber hinaus auch über Änderungen des Energieeinspargesetzes.

Hamburgs Erster Bürgermeister Ole von Beust leitet am Freitag seine 10. Bundesratssitzung als Bundesratspräsident. An der Sitzung nimmt auch **Justizsenator Dr. Till Steffen** teil.

Abbau von bürokratischen Regelungen zur Entlastung des Mittelstandes

Auf Antrag Hamburgs wird eine Ermächtigungsgrundlage geschaffen, die die Länder in die Lage versetzt, andere Stellen, insbesondere Handwerkskammern und Industrie- und Handelskammern die Genehmigung zur Entgegennahme und Bescheinigung von Gewerbeanzeigen zu berechtigen. Dies geschieht zurzeit durch staatliche Behörden. Hiermit wir der aus den Kreisen der Industrie- und Handelskammern und der Handwerkskammern seit einiger Zeit geforderten Vereinfachung Rechnung getragen und eine wirksame Aufgabenübertragung auf Selbstverwaltungskörperschaften ermöglicht.

Hamburg für Künstlersozialversicherung: keine Unterstützung für anderslautende Empfehlung im Bundesrat

Im Zuge der Beratungen zum "Dritten Mittelstandsentlastungsgesetz" hatte der Wirtschaftsausschuss des Bundesrates mit knapper Mehrheit eine Empfehlung ausgesprochen, die zur Abschaffung bzw. einer unternehmerfreundlichen Reform der Künstlersozialversicherung führen sollte. Hamburg hat diese Empfehlung schon im Wirtschaftsausschuss nicht mitgetragen und wird sich auch im Plenum gegen diese Initiative aussprechen. Die erst im letzten Jahr effektiv reformierte Künstlersozialversicherung ist aus Hamburger Sicht ein unverzichtbarer Bestandteil der notwendigen gesellschaftlichen Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern.

Klimafreundlichere Standarts

Der Bundesrat behandelt das Energieeinsparungsgesetz mit dem Ziel, die Energieeffizienz von Gebäuden zu steigern. Hamburg setzt sich im Bundesrat dafür ein, dass die Bundesländer höhere Anforderungen an den Wärmeschutz von Gebäuden stellen können als im Energieeinsparungsgesetz vorgesehen. In einigen Bundesländern gibt es bereits heute erprobte, klimafreundlichere Standards. So hat etwa Hamburg eine Klimaschutzverordnung erlassen. **Anja Hajduk**, Hamburger Senatorin für Stadtentwicklung und Umwelt: „Wir wollen in Hamburg das Niveau weiter anheben. Ich halte es für wichtig, dass Länder auch weiterhin eine Vorreiterrolle im Interesse eines wirksamen Klimaschutzes

übernehmen.“ Regionale Unterschiede in der Bebauung, etwa zwischen Ballungs- und ländlichen Räumen, bieten Chancen, verschiedene Standards zu erproben. Die Erfahrungen können später dazu genutzt werden, die bundesweiten Regelungen zu optimieren.

Hamburg fordert im Bundesrat einen besseren Schutz privater Daten

Zu einem Gesetzentwurf der Bundesregierung fordert Hamburg weitergehende Änderungen im Bundesdatenschutzgesetz zum Zwecke eines besseren Schutzes personenbezogener Daten. Danach soll die Verarbeitung von Daten zum Zwecke der Werbung, der Markt- und Meinungsforschung sowie für den Adresshandel vom Vorhandensein einer vorherigen und ausdrücklichen Zustimmung abhängig gemacht werden. Im Interesse eines effektiven Schutzes der Bürgerinnen und Bürger vor Datenmissbrauch soll aber auch die Verwendung der schon gesammelten Datensätze nur unter der Voraussetzung einer nachgeholten Einwilligung sein.

Zudem fordert Hamburg eine Prüfung durch die Bundesregierung, ob eine Dokumentation der Herkunft, Nutzung und Weitergabe aller vorhandenen Daten erfolgen muss. Hierdurch würde sichergestellt, dass die Datenschutzbeauftragten über eine hinreichende Grundlage zur Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Datenbehandlung durch bestimmte Unternehmen, insbesondere Callcenter, verfügen. **Justizsenator Dr. Till Steffen**: „Die Vorgänge der vergangenen Wochen haben gezeigt, dass im privaten Datenschutz erheblicher Handlungsbedarf besteht. Es gibt inzwischen eine breite Übereinstimmung, dass künftig die Verwendung von Daten für Werbezwecke oder zur Markt- und Meinungsforschung nur bei einer ausdrücklichen Einwilligung der Betroffenen erfolgen kann. Ein effektiver Datenschutz erfordert aber, dass auch die Verwendung schon bestehender Datensätze nicht ohne Einwilligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger erfolgt. Mit der beabsichtigten Dokumentationspflicht schaffen wir zudem ein wirksames Instrument zur Kontrolle der Datensicherheit.“

Für Rückfragen:

Klaus Harneit, stellv. Leiter der Landesvertretung

Freie und Hansestadt Hamburg, Vertretung beim Bund

Tel. 0 30 – 2 06 46-120

www.landesvertretung.hamburg.de

15. September 2008/bksm15

Hamburger Arbeitsstipendien für bildende Kunst

Bildende Künstler können sich ab sofort für 2009 bewerben

Auch für das Jahr 2009 vergibt die Behörde für Kultur, Sport und Medien wieder zehn Arbeitsstipendien an bildende Künstlerinnen und Künstler. Die Stipendien sind mit 820 Euro monatlich dotiert. Nach Ablauf des Stipendienjahres präsentiert die Behörde für Kultur, Sport und Medien alle Stipendiatinnen und Stipendiaten in einer gemeinsamen Ausstellung und bringt einen Katalog dazu heraus.

Bewerben können sich professionelle Künstlerinnen und Künstler aus dem Bereich Bildende Kunst, die ihren Hauptwohnsitz in Hamburg haben. Von der Bewerbung ausgeschlossen sind Studierende sowie Personen, die sich in einem Vollzeitarbeitsverhältnis befinden. Einsendeschluss ist der 15. Oktober 2008 (es gilt nicht der Poststempel!).

Die Bewerbungsunterlagen und weitere Informationen stehen ab sofort unter http://www.hamburg.de/stipendien/179884/stipendien-kb.html/ zum Download bereit und können bei der Behörde für Kultur, Sport und Medien angefordert werden:

Behörde für Kultur, Sport und Medien
Referat Bildende Kunst
Hohe Bleichen 22
20354 Hamburg

Tel.: 040 - 42824-284
Fax: 040 - 42824-287
e-mail: anne-kathrin.reinberg@bksm.hamburg.de

Für Presse-Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

oder

Ilka v. Bodungen
Pressestelle der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 293
Ilka.vonbodungen@bksm.hamburg.de

17. September 2008/pr17

ReGe-Geschäftsführung abgegeben

Bürgermeister Ole von Beust dankt Hartmut Wegener

Das Vorhaben „Elbphilharmonie“ befindet sich, was Zeitplan und Kostenentwicklung angeht, in einer nicht einfachen Lage. Diese ist durch eine vielfache „Verkantung“ der Situation gekennzeichnet. Die Lösung der anstehenden Aufgaben in der gegenwärtigen personellen Konstellation scheint ausgesprochen schwierig.
Vor diesem Hintergrund ist es sinnvoll, was die Geschäftsführung der ReGe und die Einbeziehung externen Sachverstandes angeht, einen Neuanfang zu machen. Bürgermeister Ole von Beust hat daher den Geschäftsführer der ReGe, Herrn Hartmut Wegener, gebeten, die Geschäftsführung niederzulegen. Herr Wegener ist dieser Bitte nachgekommen.

Der Bürgermeister dankte Herrn Wegener für seine Loyalität. „Die Stadt hat Herrn Wegener viel zu verdanken. Wichtige Projekte, wie die Airbuserweiterung, die Ortsumgehung Finkenwerder und die Verlängerung der Start- und Landebahn für Airbus und der Bau der „Ballinstadt“ wären ohne ihn nicht so vorangekommen. Das Gleiche gilt für das Projekt Elbphilharmonie, das er von der Planung bis in die fortschreitende Realisierung gestaltet und vorangetrieben hat. Herr Wegener hat alle seine Aufgaben mit Herzblut und hohem Sachverstand gemeistert.“

Rückfragen:
Brigitte Köhnlein
Senatskanzlei
Stellv. Senatssprecherin
Tel.: 040 / 428 31 2241
Mail: Brigitte.Koehnlein@sk.hamburg.de

17. September 2008/bksm17

Neustrukturierung bei Elbphilharmonie

Senatorin Karin von Welck stellt designierten Geschäftsführer vor

Bürgermeister Ole von Beust hat am heutigen Mittwoch Herrn Hartmut Wegener gebeten, seine Ämter mit sofortiger Wirkung aufzugeben. Herr Wegener hat der Bitte des Bürgermeisters entsprochen.

Angesichts dieser Entscheidung verwies Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck, Präses der federführenden Behörde für Kultur, Sport und Medien, zunächst auf die großen Verdienste, die Hartmut Wegener in der Durchsetzungsphase der Elbphilharmonie sowie mit anderen Projekten für die Stadt erworben hatte, machte jedoch zugleich deutlich, dass damit der Weg frei sei für eine Neustrukturierung des gesamten Projektes.

Senatorin von Welck: „Im Mai diesen Jahres hat die BKSM die Federführung für das Projekt Elbphilharmonie übernommen. Mit externem Sachverstand haben wir den Status des Projekts analysiert und ziehen nun die Konsequenzen aus dieser Analyse. Wir werden einen Neustart in der Projektstrukturierung vornehmen: Heribert Leutner wird dem zuständigen Aufsichtsrat als Nachfolger von Hartmut Wegener in der Geschäftsführung der Realisierungsgesellschaft vorgeschlagen. Als ehemaliger ReGe-Projektleiter ist er mit der Elbphilharmonie bestens vertraut. Künftiger Aufsichtsratsvorsitzender der Bau KG soll Johann C. Lindenberg werden, einstiger Vorstandsvorsitzender von Unilever Deutschland. Weiteres Mitglied des Aufsichtsrats mit externem Sachverstand soll Dr. Wilhelm Friedrich Boyens, Chairman von Egon Zehnder International, werden. Darüber hinaus soll ein Bauausschuss an der Schnittstelle zwischen Aufsichtsrat und Geschäftsführung installiert werden, der mit externen Beratern besetzt wird. Wir bringen mit dieser personellen und organisatorischen Neustrukturierung das Projekt Elbphilharmonie wieder auf Kurs.“

Für Rückfragen:

Susanne Frischling
Pressesprecherin der Behörde für Kultur, Sport und Medien
040 – 428 24 207
susanne.frischling@bksm.hamburg.de

Terminkalender

Vom 22. September bis 28. September 2008

Die Hinweise dienen nur zur Information; sie gelten nicht als Einladung. Auskünfte über Fototermine und Möglichkeiten der Berichterstattung werden unter der Rufnummer 428 31 - 2182/2183 erteilt.

Montag, den 22.09.2008

09:30 Gesamtschule Fischbek
Bürgermeisterin Christa Goetsch eröffnet als Schirmherrin die **Veranstaltung „Handwerk-Jobtour“.**

10:00 Travemünde, Maritim Strandhotel
Senatorin Anja Hajduk richtet ein Grußwort an die **Teilnehmer der Arbeitstagung der Vereinigten Norddeutschen Wohnungsunternehmen e.V.**

10:00 Olympus Winter & Ibe, Kühnstraße 61
Senator Dr. Michael Freytag spricht ein Grußwort anlässlich der **Eröffnung des Olympus Winter & Ibe Ausbildungszentrums (OWI Training Centre).**

11:00 Frankfurt, Städel Museum
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil an der **Festveranstaltung zum 20jährigen Bestehen der Kulturstiftung der Länder**.

13:15 Bürgermeisteramtszimmer, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust empfängt den **Türkischen Botschafter, Ali Ahmet Acet,** zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

14:30 Foyer des Museums der Arbeit, Wiesendamm
Senator Dr. Till Steffen nimmt an der **Amtseinführung der Präsidentin des Arbeitsgerichts, Eveline von Hoffmann,** teil.

17:00 SV Polizei, Sternschanze Hamburg
Senator Ahlhaus hält einen **Vortrag** beim **Verein Pensionierter Polizeibeamter**

18:00 Handelskammer Hamburg
Senator Dr. Till Steffen folgt der Einladung zum „**Schön-Wetter-Gespräch“ mit dem Präses und dem Hauptgeschäftsführer der Handelskammer Hamburg.**

19:00 Saal G, CCH
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung der SMM**.

19:00 Überseeclub, Neuer Jungfernstieg 19
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt am Clubabend des Überseeclubs mit Prof. Dr. Klaus-Dieter Lehmann teil.

19:00 Sammlung Prototyp, Shanghaiallee 7
Staatsrat Reinhard Stuth nimmt an **der Podiumsdiskussion des 7.Wirtschaftsforums Hamburg der Bergedorfer Zeitung zum Thema „Stiftungen“** teil.

Dienstag, den 23.09.2008

12:00 Rathausmarkt (vor dem Bucerius Kunst Forum)
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung des Blindenstadtmodells.**

13:00 Turmsaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust überreicht das **Große Verdienstkreuzdes Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland an Prof. Dr. h.c. Hannelore Greve**.

18:00 Radisson SAS Hotel, Marseiller Str. 2
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt auf Einladung des **Honorargeneralkonsuls des Königreichs Tonga, Erwin M. Ludewig, teil am Tonga-Dinner**.

18:30 Fregatte Hr.Ms. Evertsen
Staatsrat Carsten Frigge nimmt teil am **Empfang anlässlich der Schiffbaumesse SMM 2008, Shipbuilding, Machinery & Maritime Technology**.

19:00 Großer Festsaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich des **13. Hamburger Mediendinners.**

Senatorin Prof. Dr. Karin von Welck, Staatsrat Reinhard Stuth und Staatsrat Bernd Reinert nehmen teil.

19:00 Aula der Schule Richard-Linde-Weg, Richard-Linde-Weg 49
Bürgermeisterin Christa Goetsch informiert die **Elternräte über die neue Schulreform.**

Mittwoch, den 24.09.2008

08:00 Rathaus, Raum III
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann leitet die **4. Videokonferenz zwischen Hamburg und Auckland.**

09:00 Messegelände, Hamburg
Senator Ahlhaus spricht ein Grußwort zur **Eröffnung der Konferenz „Maritime Security“.**

11:00 D.O.C. am Jungfernstieg 58
Staatsrat Reinhard Stuth eröffnet die **Roadshow der Tourmisorganisation der italienischen Region Piemonts „Casa Piemonte“** mit einem Grußwort.

11:00 HafenCity
Senatorin Anja Hajduk spricht ein Grußwort anlässlich des **Richtfestes der Unilever Zentrale.**

13:00 Norderstedt, TriBühne, Jörg-Peter-Hahn-Platz 1
Senatorin Anja Hajduk spricht ein Grußwort auf der **Regionalkonferenz der Metropolregion.**

13:00 Rathaus, Bürgermeistersaal
Staatsrat Carsten Frigge spricht ein Grußwort anlässlich der **Schiffbaumesse SMM 2008 Shipbuilding, Machinery & Maritime Technology.**

13:30 Phönixsaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust empfängt **Seine Königliche Hocheit Prinz Carl Philip von Schweden mit Eintragung ins Goldene Buch**.
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

13:30 Kantine Produktionsschule Altona gGmbH, Leverkusenstraße 13
Bürgermeisterin Christa Goetsch nimmt gemeinsam mit **Starkoch Thies Möller am Showkochen für die Produktionsschule Altona** teil.

14:00 Hotel InterContinental
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil an der **Veranstaltung ISS-Unternehmerforum 2008 Future Strategies**

14:30 Berlin Messegelände, Halle 7
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt anlässlich der **Messe InnoTrans 2008 an einer Podiumsdiskussion teil zum Thema „EU-Grünbuch Stadtverkehr: Mehrwert oder Mobilitätsbremse“**

15:00 Bürgermeisteramtszimmer, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust empfängt den **Generalkonsul der Republik Polen, Andrjzej Osiak**, zum Antrittsbesuch.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

16:00 Hauptkirche St. Nikolai, Harvestehuder Weg
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält einen **Vortrag vor der Hamburger Seniorenakademie zum Thema „Der alte Mensch als Thema der Kulturpolitik“.**

19:00 Museum für Völkerkunde, Rothenbaumchaussee 64
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck eröffnet gemeinsam mit S.K.H. Prinz Carl Philip von Schweden die **Ausstellung „DesignS/Swedish Design 2008 Hamburg“** mit einem Grußwort.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Bernd Reinert nehmen teil.

19:00 Museum für Kunst und Gewerbe
Staatsrat Reinhard Stuth spricht ein Grußwort bei der **Eröffnung der Kunstmesse FINE ART FAIR.**

19:00 Mehrzweckhalle des Gymnasiums Lerchenfeld, Lerchenfeld 10
Bürgermeisterin Christa Goetsch informiert die **Elternräte über die neue**

Schulreform.

Donnerstag, den 25.09.2008

09:45 Handwerkskammer
Staatsrat Reinhard Stuth spricht ein Grußwort beim **Media Convergence Summit Hamburg 2008.**

10:00 Karstadt, Mönckebergstraße 16
Bürgermeister Ole von Beust besucht den das **wiedereröffnete Karstadt-Haus in der Mönckebergstraße.**

11:00 JVA Fuhlsbüttel, Suhrenkamp
Senator Dr. Till Steffen nimmt an der **Grundsteinlegung der Bäckerei der JVA Fuhlsbütte** teil.

11:30 Bürgermeistersaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust empfängt den **Vizeparlamentspräsidenten der Stadt Shanghai, Li Liangyuan** mit anschließender Eintragung ins Goldene Buch.

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

14:00 Feldbrunnenstraße / Binderstraße
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung des chinesischen Teehauses.**

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck, Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann und Staatsrat Dr. Manfred Jäger nehmen teil.

17:00 Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Staatsrat Carsten Frigge spricht ein Grußwort anlässlich eines **Senatsempfanges der HanseLog 2008.**

18:00 Auf dem Schiff „Hanseatic“ (Hamburg, Landungsbrücken 6-9)
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil am **Empfang anlässlich des Nationalfeiertages der Ukraine.**

18:30 Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz
Senator Dr. Michael Freytag hält als Schirmherr der **Veranstaltung „Annual Reports“** ein Grußwort.

19:00 Hotel Park Hyatt, Hamburg
Senator Christoph Ahlhaus hält einen **Vortrag beim Hanse Club Vattenfall**.

19:00 Gelände des chinesischen Teehauses, Binderstraße / Feldbrunnenstraße
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Abschlussveranstaltung der „CHINATIME 2008“.**

Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann nimmt teil.

19:00 Aula der Schule Winterhuder Weg, Humboldtstraße 89
Bürgermeisterin Christa Goetsch informiert **die Elternräte über die neue**

Schulreform.

20:00 Cinemaxx-Kino, Dammtor
Bürgermeister Ole von Beust spricht anlässlich der **Eröffnung des 16. Hamburger Filmfestes.**

Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck nimmt teil.

20:00 Hotel Steigenberger Treudelberg
Senator Dr. Michael Freytag spricht ein Grußwort anlässlich der **Einweihung des Erweiterungbaus des Hotels Steigenberger Treudelberg.**

Freitag, den 26.09.2008

09:00 Gelsenkirchen
Staatsrat Dr. Stephan Hugo Winters nimmt an der **Bauministerkonferenz** teil.

10:00 Phönixsaal, Rathaus
Bürgermeister Ole von Beust empfängt **Anthony Kennedy-Shriver (Best Buddies International)** mit anschließender Eintragung ins Goldene Buch.

10:00 Berlin, Bundesrat
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft eine **Delegation von Parlamentariern der Nationalversammlung von Kenia, die vom Vorsitzenden der Parlamentariergruppe Östliches Afrika des Deutschen Bundestages, Abgeordneten Patrik Meinhardt, im Namen des Bundespräsidenten nach Deutschland** eingeladen wurden.

11:00 Eichberg 63, Rahlstedt
Senatorin Anja Hajduk eröffnet ein neues **Besucherinformationszentrum im Naturschutzgebiet Höltigbaum.**

11:00 Handelskammer Hamburg, Adolphsplatz 1
Staatsrat Bernd Reinert nimmt teil an der **Akademischen Feier der Bucerius Law School – Hochschule für Rechtswissenschaft.**

12:00 Berlin, Botschaft der Französischen Republik, Pariser Platz 5
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Gesandten der Französischen Botschaft, Graham Paul**, zum Gespräch.

12:30 „Block House“, Dorotheenstraße 57
Bürgermeister Ole von Beust besucht die Feier zum **40-jährigen Firmenjubiläum des "Block House"**.

12:30 Landungsbrücken
Senatorin Anja Hajduk tauft das **HADAG Fahrgastschiff „Wilhelmsburg“.**

13:00 Schule Genslerstraße, Genslerstraße 33
Staatsrat Ulrich Vieluf spricht anlässlich der **Siegerehrung für den Wettbewerb „Welche Schule hat am 26.September 2008 die meisten Fußgänger“**.

13:00 Gut Kaden
Senator Dr. Michael Freytag spricht ein Grußwort auf dem **Golfturnier der Steuerberaterkammer.**

13:00 Büro des Senators
Senator Dr. Till Steffen überreicht die **Urkunden an ehrenamtliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer am „Teen Court**“.

14:00 Prototyp-Automuseum in der Hafen-City, Shanghaiallee 7, 20457 HH
Staatsrat Dr. Michael Voges besucht die **Jubiläumsveranstaltung zur 15 Jahresfeier des Stadthaushotels.**

14:00 Berlin, Schweizerische Botschaft, Otto-von-Bismarck-Allee 4a
Staatsrat Carsten-Ludwig Lüdemann trifft den **Botschafter der Schweiz, Dr. Christian Blickensdorfer,** zum Gespräch.

15:00 Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Berliner Tor 21
Bürgermeisterin Christa Goetsch und Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck sprechen ein Grußwort bei der **Fachtagung "Ästhetische und kulturelle Bildung in Schule und Stadtteil" zum „Jahr der Künste 2009“**.

16:00 Kaffeerösterei, Kehrwieder 5
Staatsrat Dr. Michael Voges spricht ein Grußwort bei der **Zeitspender-Agentur Hamburg.**

18:00 Campus Universität, Audimax, Von-Melle-Park 8
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet den **6. Kongress des Bundesverbandes Psychoanalytische Paar- und Familientherapie** mit einem Grußwort.

18:00 Uni Hamburg, Von-Melle-Park 9Ort
Senatorin Anja Hajduk eröffnet mit einem Grußwort die **8. Hamburger Wohnprojekttage.**

18:00 Rathaus, Kaisersaal
Senator Dr. Till Steffen gibt einen Senatsempfang aus **Anlass des Kongresses für die Internationale Liga für Wettbewerbsrecht.**

20:00 Deutsches Schauspielhaus, Kirchenallee
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck besucht die **Premiere „Harper Regan“ von Simon Stephens.**

Samstag, den 27.09.2008

11:00 Landungsbrücken
Staatsrätin Dr. Angelika Kempfert eröffnet den **11. Deutschen Lungentag an den Landungsbrücken** mit einem Grußwort.

18:30 Cinemaxx Dammtor
Bürgermeisterin Christa Goetsch übergibt anlässlich des **Filmfests Hamburg den Douglas Sirk Preis an den Regisseur Atom Egoyan für sein Werk "Adoration".**

19:00 Norddeutschen Regattavereins (NRV), Schöne Aussicht 37

Senator Dr. Till Steffen hält ein Grußwort anlässlich der **Tagung der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung.**

Sonntag, den 28.09.2008

17:30 Kampnagel, Container
Senatorin Prof. Dr. Karin v. Welck hält ein Grußwort anlässlich der **Auftaktveranstaltung „KLANG!-Start“ des Netzwerkes Neue Musik.**